

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandfendungen und Postüberweisungen durch die Verbandsstelle des Verbandes finden nicht statt

Schriftleitung u. Verbandsstelle: Leipzig
Seitzer Straße 30, IV, Ausgang B und C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-einsendung auf Postcheck Leipzig 56383. Kassierer: E. Geiß, Leipzig C1, Seitzer Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags

87. Jahrgang

Sonnabend, den 4. Februar 1933

Nummer 5

Eröffnungsbrede von Theodor Leipart auf der Betriebsrätekonferenz am 22. Januar in Berlin

Es ist seit 1920 das erste Mal, daß wir in Deutschland wieder eine so große Betriebsrätekonferenz einberufen haben. Die Vorstände der Verbände und auch die Bundesvorstände sind der Meinung, daß in der vergangenen Zeit ein besonderes Bedürfnis zur Veranstaltung einer solchen Betriebsrätekonferenz nicht vorhanden war, und zwar aus dem Grunde, weil es sich doch durchgelehrt hat, daß unsere Betriebsräte sich als Funktionäre der Gewerkschaften fühlen. Sie nehmen an dem gesamten Leben der Gewerkschaften teil, sie stehen überall in der vordersten Reihe unserer Bewegung, und deswegen war es und ist es auch in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit, daß in allen Verbänden und in der Gesamtbewegung, auf den einzelnen Verbandstagen und auch auf unsern Gewerkschaftskongressen die Gesamttätigkeit der Betriebsräte stets anerkennend gewürdigt worden ist. Ich erfülle deswegen nur eine selbstverständliche, aber für mich außerordentlich angenehme Pflicht, wenn ich heute hier auch allen und den Zehntausenden draußen, die leider nicht auch hier teilnehmen können, namens der gesamten Bewegung den Dank ausspreche für eure pflichterfüllte Tätigkeit, die gewiß nicht immer leicht war, die namentlich in der gegenwärtigen Zeit sicher nicht leicht ist, die unendlich viel Idealismus, viel Gemeinsinn, viel Solidaritätsbewußtsein und sehr viele Liebe zur Sache erfordert, wenn die Aufgaben der Betriebsräte erfüllt werden sollen.

die Gewerkschaften sind keine politische Partei und wollen es nicht sein. Wir haben unsere Sozialdemokratische Partei. Wir als Gewerkschaften haben gar nicht die Befugnis, aber auch gar nicht die Möglichkeit, etwa eine Regierung zu stürzen, und deswegen kann von Tolerierung keine Rede sein.

Wir als Gewerkschaften müssen aber mit jeder Regierung rechnen, auch wenn sie gar nicht unser Vertrauen hat. Wir müssen, weil wir auf dem Posten an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, mit jedem Arbeitsminister über die Interessen der Arbeiterschaft verhandeln. Wir müssen mit jedem Wirtschaftsminister über unsere wirtschaftlichen Auffassungen verhandeln, um sie bekanntzumachen und durchzusetzen. Und wenn das nicht genügt, mit diesen Ressortministern zu verhandeln, dann müssen wir auch zum Reichskanzler gehen, er mag heißen wie er will!

Oder sollten wir das nicht? Es wäre uns allen sehr interessant, aus der Mitte dieser Versammlung in der Debatte nachher zu hören, wie eure Meinung hierüber ist. Es wird leider auch zum Teil in den eigenen Reihen jetzt von einem Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften gesprochen. Es wird darauf hingewiesen, die Partei befindet sich in der schärfsten Opposition, und die Gewerkschaften nicht. Ich habe bereits in der Sitzung des Bundesauschusses ausgesprochen:

Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Krieg, Kleinrieg. Die Gewerkschaften können sich und werden sich niemals an eine Regierung binden.

Wir haben das nicht getan, als Sozialdemokraten Kanzler und Arbeitsminister waren. Wir haben stets rücksichtslos unter Ausnutzung der gegebenen Machtverhältnisse die Interessen der Arbeitnehmerschaft verteidigt. Das ganze Jahr hindurch ist Tag für Tag mindestens ein Vertreter des DGB und des APL-Bundes bei irgendeinem Ministerium, bei dem Minister oder seinem Sachbearbeiter, um für unsere Forderungen zu kämpfen, um zu verhindern, daß allzu große Dummheiten gemacht und allzu große Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft durchgesetzt werden. Man erhebt gegen uns den Vorwurf, daß wir die Gewerkschaften zum Faschismus führen, daß wir bereits unsern Frieden mit dem Faschismus gemacht hätten — gegen uns, die wir doch wohl die stärkste Säule der Eisernen Front sind! Von Leuten wird dieser Vorwurf erhoben, die bekanntlich an jenem 9. August 1931 in der Volksabstimmung gegen die preussische Regierung sich mit den Nazis verbunden haben. Der 20. Juli 1932 hätte schon im August 1931 eintreten können, wenn es der Eisernen Front nicht gelungen wäre, diese Gefahr zu verhindern. Man nennt uns, die Gewerkschaften, die Stützen der kapitalistischen Privatwirtschaft. Täglich, in jeder kommunistischen Zeitung! Man schreibt kein Wort über unsere Forderungen auf Umbau der Wirtschaft. Ich nenne nur dies Wort, um diesen Wortsinn, daß wir die Stützen der kapitalistischen Wirtschaft seien, zu illustrieren.

Ich glaube, ich darf auch nicht vorübergehen an meiner so viel angegriffenen Bernauer Rede. Ich habe in jener Rede ein Bekenntnis zur Nation abgelegt. Ich habe wörtlich gesagt, daß alle Kultur auf nationalem Boden erwacht, daß keine soziale Schicht sich der nationalen Entwicklung entziehen kann. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung konnte nur in Deutschland entstehen, die deutsche Gewerkschaftsbewegung unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von den Gewerkschaften in allen anderen Ländern. Damit habe ich schon klargestellt, was ich gemeint habe, wenn ich gesagt habe, keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Ich habe in Bernau weiter gesagt: unsere Arbeit ist Dienst am Volke. O wie oft haben wir alle das schon in unserm Leben gesagt, und wir bleiben dabei: Jawohl, die Arbeit der Gewerkschaften ist Dienst am Volke, im Gegensatz zu den Agrariern, zur Schwerindustrie, zu den Hausbesitzern usw., die in ihrer Tätigkeit, in ihren Organisationen und Verbänden stets nur das eigene Interesse kennen und vertreten. Ich habe gesagt: Wir sind so gute Deutsche wie ihr anderen. Und wenn Gregor Strasser und andere Nazis dazu sagen: Gut, also ihr habt euch damit uns nun genähert, aber ihr müßt dann auch der Internationale entsagen, so werdet ihr alle mit mir darauf antworten: Nicht wir haben uns den Nazis genähert, wir sind Jahrzehnte früher aufgestanden als jene, die Nazis haben sich uns genähert, und wir sagen den Nazis, wenn sie verlangen, daß wir der Internationale

entsagen: Bitte, dann sagt den Unternehmern zunächst, sie sollen auf ihre internationalen Kartelle usw. verzichten, sie sollen darauf verzichten, sich international zu verbinden, um auf diese Weise leichter die Arbeiterschaft der ganzen Welt ausbeuten zu können! Dagegen wehren wir uns, indem auch wir uns international zu verbinden suchen, ganz abgesehen davon, daß mit unserer internationalen Verbindung der Kampf gegen die Völkerverhetzung, der Kampf für den Frieden verbunden ist.

Noch eins. Vor vierzehn Tagen bin ich auf Beschluß des Vorstandes des Reichswirtschaftsrates mit meinem Mitvorsitzenden Herrn von Siemens beim Reichskanzler gewesen, um dort die Forderung zu vertreten, daß nicht mehr alles nur durch die Bürokratie in den Ministerien gemacht wird, Verordnungen usw., sondern, daß die verfassungs-

mäßige Instanz, der Reichswirtschaftsrat wieder eingeschaltet, gutachtlich gehört werde. Aus dieser Tatsache macht man, daß dieser gemeinsame Gang zum Reichskanzler darauf hindeute, daß an eine Neubelebung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft gedacht werde!

Gegen solche Dummheit können wir uns nicht schümen. Ihr aber müht immer darauf hinzuweisen, daß bei all diesen Behauptungen doch nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Man wünscht, daß wir die Arbeiterschaft vertreten sollen, und deswegen behauptet man das. Ich wiederhole, was wir schon hundertmal erklärt haben: an diesen Behauptungen von Verhandlungen mit den Faschisten ist kein wahres Wort, wir denken nicht daran!

Aber euch soll ich im Auftrage der beiden Bundesvorstände fragen: Glaubt ihr dem, was der Bundesvorstand und was ich sage, oder glaubt ihr der Roten Fahne und den Nazi-Blättern? Man spricht in der jetzigen Zeit viel davon, daß die Wirtschaftskrise eine Vertrauenskrise sei. Ich hoffe, und bin überzeugt, daß es unter uns nicht zu einer Vertrauenskrise kommen wird!

Am allergrötesten ist der Vorwurf, daß die Gewerkschaften dem Lohndruck der Unternehmer Vorstoß leisten, weil sie sich in einzelnen Fällen jetzt schon in den letzten Wochen und Monaten geweigert haben, Tarifverträge abzuschließen. In einem kommunistischen Flugblatt, wie sie jetzt hundertweise in einzelnen Orten hergestellt und an den Stempelstellen verteilt werden, habe ich in den letzten Tagen gelesen: Unsere, d. h. also der Kommunisten, Aufgabe ist es, für die kollektiven Tarifverträge zu kämpfen. Ihr wißt alle genau so wie ich: Früher las man es anders!

Früher war es Berrat an der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeiterschaft „gebunden“ haben. Jetzt ist es Berrat, wenn die Gewerkschaften sich weigern, Tarifverträge noch abzuschließen, die weitere Lohnkürzungen, weiteren Lohnabbau bringen sollen.

Nur darum handelt es sich bekanntlich. Wir haben im Bundesauschuss eingehend darüber verhandelt und sind uns einig geworden: die Tarifverträge sind nicht Selbstzweck, sondern sie haben den Zweck, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern oder sie mindestens vor Verschlechterungen zu schützen, und wenn dieser Zweck durch Tarifverträge nicht mehr erfüllt werden kann, wenn Tarifverträge nur dazu dienen sollen, Lohnkürzungen zwangsweise durchzuführen oder in Zukunft zu ermöglichen, dann verzichten wir auf Tarifverträge.

Die heutigen Angriffe der sogenannten revolutionären Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei sind im Grunde genommen eine Fortsetzung des alten Meinungsstampfes in der deutschen Arbeiterbewegung über die Begriffe

Revolution oder Evolution, gewaltsamer Kampf oder unblutige Entwicklung. Ich gehöre ja nun mittlerweile schon zu den Alten, aber ich kann mich trotzdem lebhaft erinnern: schon in meiner Jugendzeit haben wir in den eigenen Reihen um diese Frage hart gestritten. Aber wir haben doch nicht, so wie heute, unter uns gestritten mit Krügel und Schießspeeren, nicht mit persönlichen Beschimpfungen und mit größtenteils Ehrschändereien! Das eben ist der große Unterschied gegenüber der früheren Zeit: Damals war es der ehrliche Meinungsaustausch unter Gleichgesinnten, unter Gleichstrebenden, während es heute der häßliche Konkurrenzkampf einer politischen Partei gegen die andere ist, der Kampf um die Wählerstimmen. Die Gewerkschaften nennt man jetzt dauernd, in Wirklichkeit meint man aber die Sozialdemokratische Partei. Unsere sozialdemokratische Ueberzeugung wird angegriffen, wird bekämpft, wird mit Unrat besudelt, sonst wäre der Kampf um die Begriffe Revolution oder Evolution gar nicht so gefährlich. Ich möchte aber meinerseits dazu sagen: es gibt

keine revolutionärere Bewegung als unsere Gewerkschaftsbewegung.

Wir sind — das ist meine Ueberzeugung — immer noch die eigentlichen Revolutionäre, wenn wir auch nicht diese unsere revolutionäre Gesinnung täglich und stündlich auf die Gasse schreiben. Wir legen keineswegs die Hände in den Schoß und warten geduldig die Entwicklung ab. Nein, wir drängen die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dauernd vorwärts, wir treiben sie dauernd an, wir ruhen und rasten nicht, um sie im Interesse der Arbeiterschaft, jetzt besonders im Interesse unserer so sehr notleidenden erwerbslosen Kameraden zu beschleunigen. Und



Diese Wahl findet zum ersten Mal nach Ablauf einer zweijährigen Amtsperiode statt. Ihr alle habt also in eurer Tätigkeit größere Erfahrungen gemacht, Erfahrungen, die in der bevorstehenden Wahlagitiation verwertet werden sollen. Wenn wir uns nun auch in dieser Wahlagitiation mit allerhand politischen Gegnern werden herum-schlagen müssen, so soll es doch unsere Aufgabe sein, gerade erst recht in dieser Agitation die hohe Bedeutung der Betriebsräte für die Belegschaften hervorzuheben, die Wichtigkeit ihrer Aufgaben für das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft, ihrer Rechte und ihrer Pflichten als gesetzliche Ueberwachungsorgane bei der Durchführung der Arbeiterrechte in allen Betrieben. Wir haben uns diese Konferenz gedacht als einen wirkungsvollen Auftakt für die Durchführung der bevorstehenden Betriebsräte-Wahlen. Von hier aus wollen wir heute einen gemeinsamen Wahlaufmarsch an die Belegschaften, die im ganzen Reich für die Wahl in Frage kommen, erlassen, und zwar einen Wahlaufmarsch unter der Parole:

Einigung der Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften!

Alle Gewerkschaftsfunktionäre, Hunderttausende an der Zahl, werden sich mit gewohntem Eifer und in alter Begeisterung unter dieser Parole für die Wahl einsehen.

Einigung der Arbeiterklasse! Es ist kein Ruhmeszeichen für die deutsche Arbeiterbewegung, daß diese Parole mit besonderem Nachdruck heute wieder ausgesprochen werden muß. Seit Jahrzehnten haben uns unsere Wortkämpfer und haben wir alle einträglich immer wieder gepredigt: Einigkeit macht stark! Kaum jemals früher aber war die Uneinigkeit in den Reihen des ganzen Volkes und leider auch in der Arbeiterschaft größer als jetzt. Ich möchte vor Eintritt in die sachlichen Beratungen deshalb einige Worte zu den Angriffen sagen, die gerade jetzt in demagogischer Weise gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, insbesondere deswegen, weil ihr sicher in den Betrieben draußen gerade diesen Angriffen ausgesetzt seid. Man fertigt erdichtete Protokolle an, die angeblich in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium aufgenommen seien über vertrauliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Regierungsleuten, Nazisleuten und DGB-Deuten; man vervielfältigt und verbreitet sie hinter unserm Rücken, monatelang, ehe wir Kenntnis davon erhalten. In diesen Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, sollen wir uns bereit erklärt haben, die Gewerkschaften nach italienischem Muster, ja, ich könnte auch sagen nach russischem Muster, zu verstaatlichen, sie einzubauen in den staatlichen Apparat, und dann schreibt man mit solchen Protokollen über Arbeitervertreter, über Klassenverrat durch die DGB-Führer!

Es ist vielleicht überflüssig, aber ich will doch die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, euch zu sagen: Ich habe Gregor Strasser in meinem Leben noch nicht gesehen, habe auch noch kein Wort mit ihm gewechselt, und kein anderer DGB-Führer hat jemals mit Gregor Strasser ein Wort gewechselt!

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir tolerieren die Regierung Schleicher. Zunächst einmal:

Ich frage euch alle, und bitte antwortet mir: Ist einer unter euch, der etwa glaubt, daß wir auf dem schwierigen Gebiete der Arbeitsbeschaffung, dieser Hauptforderung in der gegenwärtigen Zeit, etwas mit revolutionärer Gewalt erreichen könnten?

Indessen wir als Gewerkschafter haben nach meiner Meinung — ich spreche das unumwunden aus — gar keinen Anlaß, uns auf die eine oder andere Methode festzulegen. Es liegt in der Natur der Entwicklung, daß sie schrittweise vorwärts geht. In der Entwicklung gibt es kleine und große Schritte, es gibt Schritte nach vorwärts und gelegentlich auch Schritte nach rückwärts. Ich erinnere auch hier an das bekannte Wort von Friedrich Engels: Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt sich als eine fortlaufende Kette von Niederlagen, unterbrochen nur von wenigen Siegen. Ich habe in den vergangenen Jahren oft darauf hingewiesen: im Laufe der Jahrzehnte ist die Kette der Niederlagen sehr viel kürzer geworden, die Zahl der Siege sehr viel häufiger geworden. Aber es gibt natürlich keine Entwicklung ohne gelegentliche Rückschläge. Wir in der Bundesführung und jeder Verbandsvorstand wären natürlich bereit, in der Entwicklung nach vorwärts

so große Schritte zu machen wie nur möglich, größere noch als in der Vergangenheit. Das hängt aber nicht von dem guten Willen der Verbandsleitung und der Bundesleitung ab. Das hängt ab von dem Maß an Stärke und Macht der Organisationen, die hinter der Leitung stehen. Wir werden auch in Zukunft die Machtverhältnisse ausnutzen und sind bereit, die allergrößten Schritte nach vorwärts zu machen.

In meiner so viel angegriffenen Rede in Bernau habe ich u. a. auch gesagt: wir, die Gewerkschaften, wollen positive Arbeit in der Gegenwart leisten, sowohl, aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine Neuordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß.

Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, daß unsere letzten Ziele nur in einer Neuordnung verwirklicht werden können. In diesem Sinne wollen wir trotz aller Anfeindungen unsern Kampf fortsetzen, unsern Kampf in den Gewerkschaften, in Verbindung mit Unterstützung der Betriebsräte, unsern Kampf für die wohlverstandenen wahren Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, unsern Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland.

Ebenso sind die Renteneempfänger durch die Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten der Verelendung anheimgefallen.

Der Zusammenbruch der Massenkaufkraft hat der deutschen Ausfuhrindustrie keine neuen Märkte erobern können, er hat im Gegenteil noch den Binnenmarkt zerstört. Die Handelspolitik der Regierung ist von der Vorstellung beherrscht, der Landwirtschaft auch bei zusammengebrochener Massenkaufkraft helfen zu können. Diese Vorstellung ist irrig. Mengemäßig ist die landwirtschaftliche Produktion von der Krise unberührt geblieben. Da aber mangels genügender Kaufkraft der städtischen Bevölkerung die Agrarerzeugnisse keinen ausreichenden Absatz finden können, sinken ihre Preise. Hier helfen entschließend weder Subventionen noch Zölle. Aus diesem Kreis gibt es solange keinen Ausweg, solange nicht die Kaufkraft der Verbraucher Massen der industriellen Bevölkerung gesteigert und unhaltbarer Großgrundbesitz in zweckmäßige Siedlungen umgewandelt wird. Die Verknüpfung über die Agrarpolitik der Regierung ist besonders gerade in den Ländern stark, die einen großen Teil des deutschen Industrieexports aufnehmen. Je mehr diese Länder ihren Industriebedarf in anderen Ländern decken, je mehr erhöht sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese einseitig auf Agrarschutz eingestellte Handelspolitik führt darüber hinaus zur Durchlöcherung des deutschen Handelsvertragsystems, das auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung aufgebaut war und das mit diesem Grundsatze der deutschen Exportindustrie gedient hat, ohne der Landwirtschaft wirklich zu schaden. Eine Handelspolitik, die auf Deutschlands Industrieexport nicht genügende Rücksicht nimmt, stiftet Unheil, indem sie neue Erwerbslosigkeit erzeugt und damit auch der Landwirtschaft neuen Schaden zufügt.

Zusammenfassend gestatten wir uns, zu sagen:

1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.
2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozess ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionsmethode angepaßte Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.
3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.
4. Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umfänglichen Binnenmarktes muß den Besserungsprozess unterstützen.

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, diese vorliegenden Aufgaben zur Verringerung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterklasse mit Ihrem starken Einflusse unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Der Vorstand des Allgem. fr. Angestelltenbundes.

Nach dem Bericht über die Unterredung mit dem Reichspräsidenten folgt die Erziehung für den Bundesvorstand. Dem Vorschlage des Bundesvorstandes wird einstimmig zugestimmt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung,
Die Gewerkschaften im politischen Meinungskampf berichtete Grafmann:

Die Entwicklung des politischen Lebens, die gekennzeichnet ist durch das Anwachsen der radikalen Flügelparteien rechts und links, hat dazu geführt, daß auch die Gewerkschaften im politischen Leben stärker in den Vordergrund treten mußten. Sie waren dadurch heftigen Angriffen der radikalen Bewegungen ausgesetzt. Manche ihrer Handlungen wurden mißverstanden oder in verleumderischer Absicht falsch gedeutet. Insbesondere muß die Behauptung, die Gewerkschaften näherten sich der Auffassung des Faschismus über die Stellung der Gewerkschaften im Staatswesen, als verlogene Behauptung, der jede Grundlage fehlt, entschieden zurückgewiesen werden. Falsch sind auch die Folgerungen, die in vielfacher Form und mit wechselnder Absicht an die Unterredung der Führer des ADGB. mit dem Reichswehr-

minister v. Schleicher — wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler — geknüpft worden sind. Diese Unterredung hatte nur den einen Zweck, bei der Reichsregierung in dem Augenblick, da sie sich nach dem Rücktritt des Kabinetts v. Papen neu bildete, die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, namentlich ihre Forderungen zur Verringerung der Krisennot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nachdrücklich zu vertreten. Bedingt dies war seit jeher der Zweck jeglicher Fühlungnahme des Vorstandes des ADGB. mit den Regierungen des Reiches. Und nur dies wird immer der Zweck einer solchen Fühlungnahme sein. Um aber die Interessen der Arbeiterschaft und die Forderungen der Gewerkschaften wirksam zu vertreten, werden die Gewerkschaften auf eine solche Art der Fühlungnahme mit den wechselnden Reichskabinetten nie verzichten können.

Grafmann unterrichtete den Bundesauschuh im einzelnen über den Verlauf der Unterredung mit dem Reichswehrminister sowie über die Entfaltung und den Charakter einiger anderer Vorgänge, die Ausgangspunkt für Gerüchte über die Haltung der Gewerkschaften und für Verdächtigungen gegen sie geworden sind. Er verweist ausführlicher bei jenen „Protokollen“ von angeblichen Unterredungen zwischen Mitgliedern des Vorstandes des ADGB. und dem Reichskanzler v. Papen sowie Persönlichkeiten der NSDAP. Grafmann kann, indem er den Text dieser „Protokolle“ zergliedert, nachweisen, daß sie den Stempel der Fälschung an der Stirn tragen — der Fälschung mit der Absicht der Verleumdung, mit dem Zweck, Mißtrauen zu säen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften werden sich aber auch in ihren Organisationen dieser schändlichen Methode des Kampfes gegen sie zu erwehren wissen. Sie werden nicht dulden, daß Mißtrauen in ihre Reihen getragen und die Stoßkraft der Bewegung dadurch benachteiligt wird. Ebenjowenig werden sie abweichen von dem Grundsatze, nach dem sie Anspruch erheben müssen auf völlige Unabhängigkeit in der Meinungsbildung über Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und in der Wahl ihrer taktischen Haltung. In diesem Anspruch halten sie jeder Partei gegenüber fest. Dieser Grundsatze behält auch dort Geltung, wo das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit politischen Parteien gebietet. Denn nur die strenge Befolgung dieser Grundanschauung bietet Gewähr für die Erhaltung der Einheit in den Gewerkschaften. Grafmann erläutert am Schluß seiner Rede diese grundsätzliche Anschauung an einer Reihe von Vorgängen des politischen Lebens.

Leipart fügt den Ausführungen Grafmanns weitere Mitteilungen und einige prinzipielle Bemerkungen hinzu. Es werde, sagt er, Klage darüber geführt, daß die Gewerkschaften nicht gleich der SPD. und nicht mit der gleichen Schärfe wie sie in Opposition zur Regierung v. Schleicher stehen. Auf diese mißverständliche Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Regierung erwiderte er:

Die Gewerkschaften haben zu jeder Regierung in Opposition

wie immer sie zusammengesetzt ist. Denn die Gewerkschaften werden noch für lange Zeit lediglich Forderungen an die Regierungen zu richten haben.

In der Debatte fanden die von Grafmann und Leipart vertretenen Grundzüge die volle Zustimmung des Bundesauschusses.

Leipart wies sodann hin auf den Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am 30. Juli in Brüssel beginnt. Bei der Aufstellung des Programms der Tagung wurde den Wünschen des ADGB. in weitestem Maße Rechnung getragen. Anträge der Verbände zum Kongreß sollen dem Bundesvorstand eingereicht werden. Die deutschen Gewerkschaften, ADGB. und Afa-Bund, haben 15 Delegierte zu entsenden. Die Wahl der Delegierten soll einer späteren Sitzung des Bundesauschusses vorbehalten bleiben. — Am Schluß der Tagung erinnerte Leipart an die Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, die am 28. Januar zusammentritt. Leipart betont die Bedeutung der Tagesordnung dieser Versammlung und fordert die Verbände zu einer regen Beteiligung an der Tagung auf. Damit schloß die Sitzung.

12. Bundesauschuhführung des ADGB

Am 21. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Leipart in ehrenden Worten des langjährigen Mitgliedes des Bundesvorstandes Hermann Müller, des Vorstandsmitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes Gustav Haupt und des großen Führers der politischen Arbeiterbewegung Eduard Bernstein, in den in den letzten Jahrzehnten seiner Wirksamkeit den Gewerkschaften ein stets bereiter Helfer gewesen ist. — Leipart erstattete den

Bericht des Bundesvorstandes.

Bis vor kurzem war — eine unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise, die nun schon fast drei Jahre auf der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft lastet — ein nicht unerheblicher Rückgang der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften festzustellen. Im letzten Quartal ist in der Mitgliederbewegung eine entscheidende Wendung zum Besseren eingetreten. Weniger erfreulich als dieser Umschwung sind leider die Ausichten auf eine wirkliche

Arbeitsbeschaffung.

Reichskommissar Dr. Gerede hat sich offenbar gegen die vorhandenen Widerstände und Vorurteile nicht so durchsetzen können. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärts getrieben. Wir stehen zwar in Verbindung mit dem Reichskommissar. Es ist hier und da gelungen, Verbesserungen durchzusetzen oder unerwünschte Maßnahmen zu verhindern, aber im großen und ganzen sind die Einflüsse der Privatwirtschaft, ist die Angst vor einer Inflationsgefahr stärker. Wir haben durchsetzen können, daß ein Teil der Neueinstellungsprämien für öffentliche Arbeiten angezogen wird, aber wir haben vergeblich dagegen Einspruch erhoben, daß Privatunternehmer auch für auf diese Weise in Gang gesetzte öffentliche Arbeiten die Prämien erhalten.

Die Wirtschaftskrise trifft die erwerbslosen Arbeitermassen ungleich härter als andere Bevölkerungsschichten. Die Vorstände des ADGB. und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich daher entschlossen, noch einmal beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um ihm die Auffassung der Gewerkschaften von der gegenwärtigen Lage und ihre Forderungen zur Überwindung der Not vorzutragen. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, die Vertreter der Gewerkschaften heute zu empfangen.

Der Vorsitzende erinnerte an das vom Bundesauschuh bereits im Oktober 1930 eindringlich erhobene Verlangen nach gesetzlicher Durchföhrung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Kameradschaftliche Solidarität mit den Millionen Beschäftigungslosen veranlaßte die Gewerkschaften zu diesem Schritt. Trotzdem ist von der Regierung nichts geschehen, um diese für die Arbeiter selbst mit Opfern verbundene Forderung zu erfüllen. Statt dessen erfolgten wiederholte zwangsweise Lohnsenkungen, die die Kaufkraft dauernd herabdrückten. Daß dieser Weg nicht weiter begangen und eine

Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich

durchgeführt werden darf, ist vom wirtschaftlichen ebenso wie vom sozialen Standpunkt eine Selbstverständlichkeit. Der Lohnausgleich für die entfallenden Arbeitsstunden ist unbedingt notwendig.

Mit höchst bedenkllicher Verpätung ist inzwischen die gewerkschaftliche Forderung der vierzigstündigen Woche zum Gegenstand internationaler Verhandlungen erhoben worden. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeitverhältnisse muß es jedoch zweifelhaft erscheinen, ob in der Verwirklichung dieses Zieles noch eine genügende Wahrsnahme zu erblicken ist. Die Tatsache, daß in gewissen industriellen Ländern bereits maßgebliche privatkapitalistische Kreise und Sachverständige die Einführung der Dreißigstündigen Woche mit warnender Dringlichkeit vertreten, bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung.

Internationales Arbeitsamt.

Bis zum Ende des vergangenen Jahres war Hermann Müller der deutsche Arbeitervertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Als Nachfolger auf diesem Posten hat der Bundesvorstand den langjährigen Bezirkssekretär des ADGB, Wilhelm Leuschner (in den letzten Jahren Innenminister des Freistaates Hessen) vorgeseher. Der Bundesvorstand schlägt vor, Leuschner gleichzeitig als Nachfolger Umbrechts in den Bundesvorstand zu wählen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist das entscheidende Gremium für eine wirksame Beeinflussung der Entwicklung der internationalen Sozialpolitik. Im Vergleich dazu fällt der Posten des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes weniger ins Gewicht. Auch dieser Posten ist bekanntlich zu vergeben, da Butler, der diese Stelle bis vor einem halben Jahre innehatte, Nachfolger von Albert Thomas

geworden ist. Es wäre sachlich durchaus gerechtfertigt, wenn in dieses Amt ein Deutscher, und zwar ein deutscher Arbeitervertreter, berufen würde. Der Direktor hat sich damit einverstanden erklärt, den Vize-Direktor nur im Einvernehmen mit den drei Gruppen zu ernennen. Die letzteren haben sich aber noch nicht auf eine einheitliche Kandidatur geeinigt. In der

Aussprache

ergab sich die volle Uebereinstimmung der Verbandsvertreter mit den Ausführungen Leiparts. Es wurde hervorgehoben, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit ohne eine tiefgehende Arbeitszeitverkürzung nicht dauernd gemindert werden kann. Mit großem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 48 Stunden, ja bis zu 60 Stunden gearbeitet werde. Es sei ein Skandal, daß angehts der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit sogar die Behörden die Ueberstreckung der 48stündigen Arbeitszeit zulassen, statt die Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen das Ueberstundenwesen zu unterstützen. Mit diesem Mißstand müsse in erster Linie ausgeräumt werden. Der Bundesvorstand forderte daher von der Regierung die gesetzliche Verminderung der Arbeitszeit auf ein Maß, das geeignet ist, einem großen Teil der materiell und seelisch leidenden Arbeitslosen endlich wieder den Weg zu Lohn und Brot zu öffnen.

Besprechung mit dem Reichspräsidenten.

Während der Bundesauschuh zum nächsten Punkt der Tagesordnung überging, begaben sich die Vorsitzenden Leipart, Grafmann, Egger und Stäh zu dem Reichspräsidenten. Der Inhalt der Besprechung ergibt sich aus dem folgenden Schreiben der Bundesvorstände an den Reichspräsidenten, das von den Vertretern der Gewerkschaften in der Aussprache eingehend begründet wurde:

In einer Zeit höchster wirtschaftlicher und seelischer Nöte der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der rund 7 Millionen erwerbslosen Volksgenossen, wenden wir uns an Sie, Herr Reichspräsident, um Ihre Aufmerksamkeit auf die nunmehr unerträglich gewordenen Verhältnisse zu lenken.

Als wir am 26. Februar 1931 zusammen mit Vertretern der anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Ehre hatten, Ihnen die damalige Lage zu schildern, erwarteten Sie mit uns eine allmähliche wirtschaftliche und soziale Besserung. Damals zählten die Arbeitsämter 5 Millionen Erwerbslose. Unter den 7 Millionen Erwerbslosen von heute befinden sich zahlreiche Jugendliche, denen nach der Schulentlassung Arbeit im Erwerbsleben überhaupt noch nicht vergönnt war.

Wir sind uns bewußt, daß unter der Wucht der Wirtschaftskrise fast alle Schichten der Bevölkerung leiden. Wir kennen die Sorgen und Klagen aller Berufsstände und Wirtschaftszweige. Wir wissen besonders, daß infolge des Zusammenbruchs der Massenkaufkraft, der Verarmung großer Teile der industriellen Bevölkerung die landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz gesunkener Preise keinen Absatz finden können. Aber es muß doch mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß in der lang andauernden Krise die Verelendung den schlimmsten Grad erreicht hat bei den großen Teilen der Arbeiterschaft, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten und zu langfristiger Erwerbslosigkeit verdammt sind. Während es sich bei der Notlage anderer Bevölkerungsschichten vielfach um die Gefährdung ihres Bestandes handelt, geht es bei den Erwerbslosen zum großen Teil um die Gefährdung des nackten Lebens. Die Unmöglichkeit, den notwendigen Bedarf an Ernährung und Kleidung für sich und ihre Familienangehörigen zu decken und in menschenwürdigen Wohnungen zu wohnen, hat diese Menschen tief verberitert und in Verzweiflung gestürzt.

Zugleich ist für die noch Beschäftigten in erheblichem Umfang die Kurzarbeit weiter durchgeführt worden. An der Jahreswende waren von je 100 Mitgliedern der dem ADGB. angeschlossenen Verbände nur noch 32,2 voll beschäftigt, 22,2 waren Kurzarbeiter und 45,6 voll arbeitslos. Die normale Beschäftigung hat sich also in eine Ausnahme verwandelt! Weniger als ein Drittel der Arbeiter bringt noch den vollen, aber durch den Lohnabfall um 25 bis 30 v. H. verringerten Wochenlohn nach Hause.

Neben den gewaltigen Opfern an Lohn hat der fortgeschrittene Abbau aller sozialen Leistungen die Arbeiterschaft aufs schwerste betroffen. Die Arbeitslosenversicherung kommt heute nur noch einem kleinen Bruchteil der Arbeitslosen und auch diesen nur während der Dauer von sechs Wochen zugute, obwohl durchschnittlich 8 v. H. des Lohnes für die Versorgung der Arbeitslosen in Anspruch genommen werden. Etwa 2½ Millionen Arbeitslose sind ihrem Schicksal bei den Wohlfahrtsämtern der finanziell geschwächten Gemeinden überlassen.

Die Gefahren vereister Steinbruchzugänge

Folgenden sehr beachtlichen Hinweis aus der Praxis, vom Kollegen „elm“ mitgeteilt, empfehlen wir dringend zu verwirklichen:

Fast alle Zugänge in die Steinbrüche haben ein mehr oder minder starkes Gefälle. Wenige Steinbrüche habe ich gesehen, in die der Zugang direkt wagemutig führt. Das ist ja auch kein Wunder, denn die meisten Betriebe dieser Art gehen außer in die Breite auch in die Tiefe, haben doch die meisten Steinbrüche ihr „Wasserloch“, die tiefste Stelle, wo die Pumpe steht.

Gerade der Zugang, den die Belegschaft benutzt, ist mitunter direkt steil zu nennen. Es ist in der Regel der kürzeste Weg vom Aufenthaltsraum (sprich: Kantine) zur Arbeitsstätte, und er wird deshalb mit Vorliebe benutzt, während der weniger fallende Zugang für Fahrzeuge geschaffen ist. Diese so gern benutzten steil abfallenden Wege in die Schluchten und Löcher der Steinbruchbetriebe sind aber oft schon mehr als gefährlich. Gefährlich gibt es nur selten. Ich habe mich in dieser Angelegenheit in vielen Betrieben umgesehen, nur in wenigen Fällen war ein Gefährlicher vorhanden. Vielfach ist überhaupt kein eigentlicher Zugang in den Bruch da, man muß vielmehr als Keuling mit äußerster Vorsicht zwischen den Gleisen des Aufzugs hinuntersteigen. Dabei tritt man ab und zu in das harmonische zwischen den Schienen rinneude Räderlein und bekommt nasse Füße. Solche Wege sind schon im Sommer nicht angenehm, um wieviel schlimmer sind sie im Winter.

Ich war zwei Jahre Bohrerträger in einem solchen Steinbruch, und mit Schreden denke ich an die zwei Winter zurück. Von der Schmiede bis hinunter in den Bruch war ein Weg von etwa 7 bis 10 Minuten. Bergsteigen kann nicht viel

schlimmer sein. Wo ich den Fuß hinsetzte, Eis, nichts als Eis. Auf der einen Schulter einen Satz Bohrer, auf der andern eine Kiste mit Eisen für die Schrotter und Postierer. Ein mühsamer Weg war es stets, und wenn ich mir die Zeit nahm, Sand holte und den Weg einigermaßen gangbar machte, hatten die Bohrer unterdessen keine scharfen Bohrer mehr oder die andern riefen nach frischen Eilen. Das dies keine gefunden Verhältnisse waren, muß ohne weiteres zugegeben werden. Aber Abhilfe wurde selten geschaffen. Geschimpft wurde tüchtig, wenn einer von der Belegschaft mit seinen glatten Holzspantoffeln plötzlich ausrutschte und ziemlich unansehnlich dem Allerwertesten auf dem nassen, glitschigen Eise saß. Nach einem solchen Fall wurde auch ein oder zwei Tage für Sandtreuen gefordert, aber bald war die Eisbahn wieder da.

Den Zustand, den ich hier auf einen Betrieb spezialisiert habe, trifft man aber tatsächlich in vielen an. Mit welchem Fatalismus wird hier an den Gefahren vorbeigesehen, die Zugänge zu tief gelegenen Betrieben in solchem Zustande in sich bergen. Hier sollte wirklich mehr Obacht gegeben werden. Gerade in der letzten Zeit hatte ich Gelegenheit, solche bei Frost einfach gefährliche Wege in den verschiedensten Steinbrüchen zu begehen, bzw. auf ihnen zu balancieren. Also mehr Obacht auf die Wege! Es ist hier Sache des Betriebsrates, für Ordnung auf diesem Gebiete zu sorgen, und nicht Sache des einzelnen in der Weise etwa, daß jeder Kollege seinen Weganteil selbst gangbar macht. Vielmehr muß durch Beschluß der Belegschaft verlangt werden, daß ein Mann mit dem Instandhalten steiler Zugänge beauftragt wird, denn im Steinbruch gibt es noch genug andere Gefahren, die unsere Gesundheit bedrohen.

„Dein Wunsch war des Gedankens Vater“

Dieser, von dem berühmten englischen Dramatiker Shakespeare schon vor 300 Jahren geformt, charakterisierende Ausdruck erhält auch in unserer heutigen Zeit immer von neuem seine Bestätigung wie das folgende beweist: Der blinde Haß der Unternehmer und ihrer Wortführer aller Grade gegen Regiebetriebe, gegen Eigenbetriebe der Gemeinden, Provinzen und Länder ist genügend bekannt; er treibt seine besonderen Blüten in Reden und Zeitungsartikeln. Auch in den Fachzeitschriften der Steinindustrie kann das wiederholt festgestellt werden. Neuerdings im Heft 8 des „Deutschen Steinbildhauer“.

Soll da nach Zeitungsangaben in Krimmischau die städtische Ziegelei wegen Auftragsmangels nicht mehr funktionieren, und deshalb den städtischen Etat zu sehr belasten. Möglich ist das schon, denn ebenso wie Privatbetriebe wackelig geworden sind, es noch werden und nun teilweise durch Steuergelder des Volkes — man nennt das Subventionen — gestützt werden, so kann es auch den Eigenbetrieben der Gemeinden usw. passieren, daß sie durch Zuschüsse gestützt und gehalten werden müssen. Das scheint uns um so mehr notwendig, wenn in der normalen Zeit auch die Ueberflüsse in den Gemeinde- oder öffentlichen Eigenbetrieben rutschen oder sonst in irgendeiner Form den Steuerzahlern zugute kam. Ein solches einfaches Rechenexempel ist den Gegnern solcher Eigenbetriebe merkwürdigerweise nicht geläufig. Sie finden es als selbstverständlich und notwendig, daß der öffentliche Sachwalter — der Staat — Subventionen in wacklige Privatbetriebe steckt, je reichlicher desto besser, doch als unerhört bezeichnen sie es, wenn dieser öffentliche Sachwalter (Gemeinde, Provinz oder Land) seine eigenen Betriebe ebenfalls durch Zuschüsse stützt. Und weil nun die städtische Ziegelei in Krimmischau angeblich eine Belastung der Gemeinde darstellt — ob dem wirklich so ist, das interessiert uns hier nicht — schreibt im „Deutschen Steinbildhauer“ so ein Haßer von Gemeindebetrieben eine Notiz mit der Ueberschrift „Städtische Steinbrüche sind ... Schmerzenskinder“. Um dies nun auf seine Art beweisen zu können, macht er einen gewaltigen, halbbrecherischen Salto von der städtischen Ziegelei in Krimmischau nach dem Steinbruch Collmen bei Würzen, der der Provinz Hannover gehört und den sie angeblich nicht los werden kann. Dann schreibt dieser engstirnige Haßer in seiner Notiz noch folgendes:

„Wenn nicht alles trügt, werden in aller nächster Zeit mancherlei städtische und staatliche Steinbrüche zum Kauf oder zur Pacht angeboten werden. Der Fall mit der städtischen Ziegelei in Krimmischau ist durch die Publikationsorgane der Gemeinden und Städte ge-

gangen, und auch etliche staatliche Veröffentlichungsblätter haben Notiz davon genommen. Die Gemeinden und Staatsstellen, die ebenfalls Ziegeleien und ... Steinbrüche ihr eigen nennen oder pachtweise verwalten, werden jetzt durch die Aufsichtsorgane veranlaßt werden, Regiebetriebe darüber abzugeben, was bei diesen Regiebetrieben nicht vertretbar ist oder geändert werden muß. Bei vielen Betrieben wird man ebenso wie in Krimmischau den schnellen Verkauf bzw. das schnelle Abstoßen für das kleinere Übel halten! — Wir möchten uns mit diesem Hinweis begnügen. Wenn man daran noch einen guten Rat anknüpfen darf, so kann es nur der sein: Man verhalte sich zurückhaltend, sofern einem ein Angebot auf Erwerb oder Pachtung eines städtischen oder staatlichen Steinbruchs nähergebracht wird. Hat man in guten Zeiten den Regiebetrieb nicht beseitigt, braucht sich jetzt in der schlechten Zeit niemand um ihn zu reihen.“

Das vorstehende bekräftigt rund und nett unsere Ueberschrift, dem noch besonders hinzugefügt werden kann, daß wir sehr gut unterrichtet sind über die Wühlerereien, Hege und Sonstiges durch Steinindustrielle, um speziell den Steinbruch Collmen der Provinz Hannover in Privatband zu bekommen. Darum wirkt auch der „gute Rat“ im Schlussatz des Verfassers und Häßers der Gemeindebetriebe recht un w a h r. Nach außen tut man so, als nehme man einen solchen Steinbruch nicht geschenkt und heimlich reißt man sich Herz und Seele, Geldbeutel und Kredit weg, um den Steinbruch in Besitz zu bekommen.

Allgemein gesehen, kleidet auch die Ueberheblichkeit betreffs „Regiebetriebe“ einen gewissen Teil der Unternehmer, die Steinbrüche privat verwalten und Steinarbeiter beschäftigen, verflucht schlecht. Ohne hier verallgemeinern zu wollen muß dennoch gesagt werden, daß die Steinarbeiter besonders in den verflochtenen zwei Jahren in einigen Steinbruchs-Privatbetrieben mit den Unternehmern bitterböse Erfahrungen machen mußten, Erfahrungen, bei denen ganz gemeiner Lohnbetrug, Unterschlagung von abgezogenen Lohnsteuern, Unterschlagung der Beiträge für die Sozialversicherung den Kern bilden. Wenn man nun solches und noch anderes weiß, darunter auch die maßgebende Veranlassung zur Gründung von Steinbruchs-Eigenbetrieben der Gemeinden usw., dann schmilzt die Begründung der Unternehmer gegen die Eigenbetriebe zusammen wie dreißiger Schnee in der Sonne und zeigt nur noch als Ueberbleibsel die elende Frage der Gewinnsucht und des Eigennutzes. Was in der Gegenwart anscheinend die Arbeitsbeschaffung durch das Reich ebenfalls so sehr erschwert.

Sache bewußt geht er im praktischen, zähen gewerkschaftlichen Kampfe seinen Weg Schritt für Schritt.

Der Kapitalismus hat das Schönste im Menschen zerstört. Er hat den Künstler im Menschen ertötet, der das Leben bildet als Kämpfender, und der weiß, daß es aus der Glut seiner wollenden Seele reißend wird.

Hütet euch aus dem inneren Gedanken des Menschen heraus vor dem Radikalismus eines innerlichen Zerfalls!

Udenhain. Die Steinarbeiter der Zahlstelle Udenhain und Nebenorte sind seit Jahren arbeitslos. Dauerkriege und neue Bauweise auf der Straße war schuld, daß der liebliche Hütenergrund, wo sonst viele fleißige Steinarbeiterhände sich regten, um Groß- und Kleinspalt anzufertigen, ruhen mußte, und so frei nach Wapen mit halben, aus Deutschland einen Wohlfahrtsstaat zu machen. Und es ist zu verstehen, daß neue Hoffnung in die Steinarbeiterdörfer einzog, als der Glasberg unweit Kerbersdorf vom Unternehmer Gorlki zwecks Säulenerichtung eröffnet wurde und nun wieder einmal nach Jahren beschei-

denen Lohn für die hart geprüften Steinarbeiter abwarf. Doch es sollte anders kommen; Gorlki, der kein Fachmann war, ließ große Sprengungen vornehmen, wobei der gesamte Berg sich aufhäumte, als wollte er nicht zulassen, daß sein Inneres von Menschenhand herausgerissen wird. Trotz enigen Arbeitens der Steinbrecher wollte sich keine Säule zeigen. Da ging dem Unternehmer die Wut aus, öde und verlassen lag der Bruch wieder da. Aber dennoch, es mußte nur richtig angefaßt werden, dann ging es schon; denn wer den Kern will essen, muß die harte Schale vorerst knacken. So dachte man auch in der Krimmischau Verwaltung, der Besitzerin des Grund und Bodens des gesamten Hütenergrundes. Weil nun die anliegenden Dörfer, insbesondere Kerbersdorf, sehr an einem ordentlichen Wege dorthin interessiert waren, kam eine Notstandsarbeit zustande, und wieder lebte in Hunderten Steinarbeitern der Glaube an Arbeit und Verdienst erneut auf. Mit Feuereifer ging's dran. Ein Weg wurde gebaut, der sich sehen lassen konnte. Fundament aus hartem, bestem Basalt, die Seiten flankiert von allerbestem Säulenmaterial; nun mußte damit die Abfuhr leichter als bisher und damit auch rentabler sein, oder was sonst noch alles für Perspektiven an das Werk geknüpft wurden. Der ganze Hütenergrund liegt voll von bestem Basalt. Was nun die Arbeiter dabei betrifft, so hatten sie, abgesehen von unregelmäßiger Löhnung, im allgemeinen nicht zu klagen. Das Bild änderte sich aber, als man merkte, daß alle Arbeit vergebens war, also Sisyphusarbeit im wahren Sinne des Wortes darstellte. Es wollte sich immer nicht das erwartete Säulenvorkommen zeigen, das man doch unter Gorlki's Zeiten verarbeitet hatte und wovon so manche Ladung nach Holland zur Abdämmung des Zudeersee's abgerollt war. Dadurch änderte sich auch der Lohn der armen Steinarbeiter, sie bekamen auf diese Art zu fühlen, daß der Berg seinen Schatz nicht herausgab. Immer mehr wurde vom Lohn abgezogen, immer kürzlicher wurde der Verdienst. Doch wiederholt gelang es unseren Angehörigen im Gau, so dem Gauleiter, Kollegen M a h r, beim Landesarbeitsamt für die Steinarbeiter herauszuholen was herauszuholen war. Die Nutznießer waren in der Hauptsache die Unorganisierten. Schimpfen, ja, das tun sie, aber mithelfen am großen Bau, das wollen sie nicht. Was wäre wohl aus den Steinarbeitern in Udenhain geworden, wenn unser Verband keine Vertretungen am Arbeitsamt, Landesarbeitsamt usw. gestellt hätte?

Deshalb, ihr Steinarbeiter von Udenhain, besinnt euch auf die Macht, die im organisatorischen Zusammenschluß liegt. Dann werden die am Straßenbau interessierten Kreise sich wohl hüten, mit den Arbeitern weiter Schindluder zu spielen, wie sie es glauben tun zu können, weil die Steinarbeiter von Udenhain nicht vollständig den Weg zur Organisation finden. Sie haben das alte Sprichwort noch nicht begriffen: „Wo der Verband besteht, Willkür und Tyrannenherrschaft bald vergeht!“

München. Am 6. Januar 1933 fand unsere außerordentlich gut besuchte Generalversammlung statt. Nach den Jahresberichten des Vorsitzenden und des Kassierers sowie den Berichten der Revisoren, die die vorläufige Arbeit des Kassierers feststellten, fand die Neuwahl statt. Das Ergebnis war die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Ein Beweis guten Zusammenarbeitens mit den Mitgliedern im vergangenen Jahr. In der Versammlung wurde eine Entschliekung angenommen, die alle maßgebenden Stellen und Behörden auffordert, ihr möglichstes zu tun, um die traffe Not der Münchner Steinarbeiter durch Arbeitsbeschaffung zu mildern. Auch eine Entschliekung an den Zentralvorstand, die Beitragsleistung der durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not der Steinarbeiter anzupassen, wurde einstimmig angenommen. — Mit der Aufforderung verschriebener Kollegen, trotz aller Not treu zur Gewerkschaft zu stehen und die Versammlungen immer zu besuchen, wurde die Versammlung mit dem Hinweis des Vorsitzenden auf die kampferheißende Zukunft geschlossen.

Marienburg. Die Zahlstelle hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab. Erschienen war der Bezirksleiter, Kollege K e u m ü l l e r, ferner war der Vertreter der Freien Presse anwesend. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrten die Besammelten den verstorbenen Kollegen Krajewski durch Erheben von den Plätzen. Der Schriftführer verlas die letzte Protokollniederchrift, die ohne Beanstandung angenommen wurde. Darauf erfolgte die Bekanntgabe der Eingänge. Kollege M e i s t o l t a erstattete den Kartellbericht. Dem folgte der Geschäfts- und Kassenbericht durch Kollegen B a s t i a n. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Vorstandes mit wenig Änderungen. Anschließend hieran hielt der Bezirksleiter einen beifällig aufgenommenen Vortrag „Was ist Recht und wer hat recht?“ Nach dem Referat entspann sich ein reges Frage- und Antwortspiel, dem von den Anwesenden volle Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Zum Schluß wurden noch einige Internas behandelt, unter anderem wurde die Frage gestellt: „Kann der Bezirk Ostpreußen ohne Bezirksleiter bleiben?“ Nach eingehender Aussprache, an der sich auch Koll. K e u m ü l l e r beteiligte, der das Für und Wider in längeren Ausführungen abwog, wurde aus der Versammlung der Wunsch laut, daß der jetzige Bezirksleiter möglichst dem Bezirk erhalten bleibe. Der Vorsitzende ernannte die Anwesenden am Schluß der Versammlung, weiterhin ihre Pflicht zu tun und dem Kommenden in organisatorischer Geschlossenheit und Treue entgegenzusehen. (Berichte sollen nicht auf beiden Seiten beschrieben werden. Red.)

Büchberg. Am 15. Januar fand im Lokal Eibl unsere Generalversammlung statt, zu der Bezirksleiter Kollege H e i m k r e i t e r erschienen war. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht erstattet und ihm Entlastung erteilt war, wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung übergegangen, die folgendes Ergebnis zeigte: Vorsitzender Hans K r i n i n g e r, Kassierer M a z F r i e d l, Schriftführer Albert S c h m i d, Revisoren Joseph M e i s i n g e r und Ludwig S c h r ö g e r. Kollege Heimkreiter referierte über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Vorgänge des Jahres 1932 und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1933 vielleicht doch etwas Besseres für die Arbeiterklasse bringen möge. Zu erwarten sei, daß alle Berufskollegen sich unter die Fahne des Verbandes scharen, der für die Steinarbeiter wirklich etwas leistet und die Kollegen nicht mit Wrahn und irrevolutionären Sprüchen abpeist. Der Bezirksleiter dankte dem scheidenden Kassierer M a c h ö r n d l für seine Tätigkeit. Im März wird gemeinsam mit der SPD eine Karl-Marx-Feier veranstaltet werden, verbunden mit einer Ehrung der Verbandsjubilare.

Der Verbandsbeitrag

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ So hört man diesen oder jenen sagen. Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht, Er will gewinnen, ohne was zu wagen. Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid. Der nicht als Taler in sein Konto gleitet, Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit, Was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ Ein Wort für wahr, das seinen Sprecher richtet. Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht? Wenn deinen Schutz das Kapital vernichtet? Mit Hitlers Hilfe ist es drauf und dran, Dein Bollwerk gegen Lohndraub zu zerstören. Mißachtet wie ein Kuli wirst du dann, Denn Ohnmacht kann sich nimmermehr empören.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ Kann man mit Männern, die dies Wort betreten, Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht, Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen? Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht, Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen. Drum gilt es, Freund, im täglichen Gesecht Das Schwert der Tat mit Opferinn zu wehen! V. K.

Wir sind radikal

Da werfen sie sich stolz in die Brust: Wir sind radikal! Und sie poltern. Da wollen sie Revolutionäre sein und sind nur Zerstückerte. Auch der Radikalismus in kommunistischer Erscheinung ist nur Zerfallsprodukt unserer Zeit, eine Veräußerung von etwas Innerlichem, eine Verrohung von Eadem. Das Leben hat den Menschen innerlich zerrissen. Das Leben hat so viele entworzelt. Darum statt des Wogens der menschlichen Brust ein Brüllen des Mundes und statt des Stürmens der menschlichen Seele nichts als erbärmliche Fehden der Zerstörung.

Radikalismus ist ein Kapitalistisches Produkt. Radikalismus ist entworzelte Menschenseele. Da wo der Mensch innerlich noch ungebogen, da lebt statt des Radikalismus' entschiedenes Schöpferium. Und statt des Gepolters tritt der Wille da in positiven Schaffen in die Erscheinung. Und statt der verkindnislosen Robheit des Radikalismus hat der revolutionäre Schöpfermensch die Geduld des Vernehmens, und seiner

Zwei Steinbruchsarbeiter

Als die Zeiten noch besser waren — vor etlichen Jahren —, da arbeiteten beide noch im Steinbruch. Der eine, Moritz, war ein fleißiger Arbeiter. Doch wenn er auch noch so sehr schufte und sich abmühte, war es ihm schon damals nicht möglich, mit seinem Akkordverdienst den Stundenlohn nennenswert zu überschreiten. Woran das lag? Nun, Moritz arbeitete erst seit wenigen Jahren im Fach, und es haperte daher bei ihm noch sehr mit der Berechnung und Einteilung des Felsens. Zudem brauchte er als Neuling weit mehr Handgriffe zu jeder Verrichtung wie seine länger eingearbeiteten Berufskollegen. Moritz wollte allerdings beides nicht wahr haben, hielt er sich doch für einen mindestens ebenso erfahrenen Steinbrecher wie jeder andere. Er gab stets der schlechten Beschaffenheit des Felsens die Schuld — und dem Meister, der ihn nach seiner Ansicht besonders schikanierte. Und wenn er sich einmal eine Pause zum Verschmausen gönnte, dann stellte er sich hin und schimpfte. Bei solchen Gelegenheiten nahm sich Moritz kein Blatt vor den Mund, und es gab nichts, was vor seinen Augen Gnade gefunden hätte. Verband und Betriebsräte erfüllten ihre übernommenen Pflichten nur ungenügend. Die Parteiführer betrachteten die Arbeiterschaft nur als Mittel, um recht bald in Amt und Würden zu kommen, und die dummen Proleten ließen sich all dies ruhig gefallen. Konsumvereine, Volksfürsorge und alle anderen von den Arbeitern selbst geschaffenen Einrichtungen galten ihm nur als Mittel, um für Redetalente Priinden zu schaffen. Von den Kollegen im Betrieb wurde er allerdings kaum ernst genommen, und seitdem ihm ein Spatzvogel den schönen Namen „Moritz“ gegeben hatte, hieß es im Steinbruch nur noch: „Moritz hat das Wort!“ Der arme Moritz! Ein „gütiges“ Geschick hat ihn davor bewahrt, heute, im Zeitalter des Hitlerfimmels und der nationalen Konzentration, im Steinbruch zu arbeiten. Wie mühte und würde er jetzt loslegen, um die Zustände, wie sie zur Zeit im Betrieb herrschen, gebührend geißeln zu können!

Ein Gegenstück zu Moritz war der Kollege Max Schubert. Dieser verdiente ungefähr so viel oder besser gesagt so wenig wie Moritz. Max war mit dem Abtragen des morschen Gesteins und des Schuttes beschäftigt, und da bei dieser Arbeit immer zwei zusammenarbeiteten, so konnte er sich viel eher einmal die Zeit zum Verschmausen gönnen, um so mehr, als dann sein Kamerad für ihn mit arbeiten mußte! Max Schubert hatte, um mit den Worten seiner Kollegen zu sprechen, eine Revolverschnauze! Mit seinem Mundwerk konnte er die ganze Belegschaft allein unterhalten. Da er das Klavier spielen erlernt hatte und es auch nebenberuflich bei Tanzmusikern und ähnlichen Gelegenheiten ausübte, so wußte er meist etwas Neues zu erzählen. Am liebsten war es ihm jedoch, wenn sein Zuhörerkreis aus Kollegen bestand, die auch seine kritischen Betrachtungen über Partei und Gewerkschaft widerspruchslos entgegennahmen; denn obwohl er selbst überall Mitglied war, verdammt er doch, ähnlich wie Moritz, sämtliche Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft in Grund und Boden. „Mensch“, sagte einmal ein Kollege zu ihm, „du sagst ja den Akt ab, wo du drauf bist!“ „Na, ich werde noch rechtzeitig abpringen!“ gab Max zur Antwort.

Es hätte wirklich kein Verbandskollege Anlaß gehabt, den beiden eine Träne nachzuweinen, im Gegenteil, deren Scheiden wäre für die Organisation nur von Vorteil gewesen. Aber weder der eine noch der andere tat ihr diesen Gefallen. Trotz allen Schimpfens und Nörgelns wußten sie sicher ganz genau, welche Vorteile ihnen die Mitgliedschaft im Verband brachte. Da aber der größte Teil der Belegschaft die beiden nur humoristisch nahm, so sah niemand einen Grund, erntere Schritte gegen sie einzuleiten. So konnten diese ihr verbandsschädigendes Treiben fortsetzen, bis es ihnen eines Tages selbst zum Verhängnis wurde. Und das kam so: Max und Moritz waren durchaus nicht miteinander befreundet. Trotzdem sie bei ihren Angriffen auf Partei und Gewerkschaften mit denselben Argumenten arbeiteten

und auch die gleichen Dummheiten verzapften, so waren sie sich doch spinnfeind. Bei irgendeiner privaten Angelegenheit waren sie einmal hart aneinander geraten. Einige Kollegen wollten wissen, daß es sich damals um eine Angeberei gehandelt habe. Einzelheiten darüber wußte aber keiner, nur die Tatsache der Feindschaft war jedem Kollegen bekannt und wurde oft bemüht, um die beiden gegeneinander auszuspielen. Als sich später ergab, daß Moritz an kommunistischen Schlagworten Gefallen fand, während Max im „Dritten Reich“ ideale Zukunftsbilder vermutete, wurde das Verhältnis zwischen ihnen fast unerträglich. Höhnende Zurufe und Schimpfsworte wechselten herüber und hinüber, und einige Male schon hatte nur das Dazwischentreten des Bruchmeisters Tätlichkeiten verhindern können. Die Belegschaft hatte sich, als die beiden ihre wahre Gesinnung immer offener zeigten, mehr und mehr von ihnen zurückgezogen, und viele sahen den Tag kommen, an dem es zwischen diesen „zum Klappen“ kam. Eines Tages fand Max, als er am Morgen seine Schaufel zur Hand nahm, auf dieser einen Sowjetstern nebst Sichel und Hammer fein säuberlich mit Kreide aufgezeichnet. „Na warte, du Lump!“ rief er zu Moritz hinüber. Während der Frühstückspause bemalte er dann jede geeignete Stelle auf dessen Arbeitsplatz mit Hakenkreuzen. Hierzu bediente er sich der Farbe, mit der der Meister die abgenommenen Steine kenntlich machte. Als Moritz diese Reproduktion seines „Bulvenfreundes“ sah, war er nicht mehr zu halten. Mit einem Wutschrei sprang er hinüber zu Schubert. Und dann schritten sie einander um die Taille! Weder die Kollegen, noch der schnell herbeigeeilte Meister waren imstande, die Wütenden wieder zu trennen. Es schien, als ob all die angeflammte Wut und der Haß der letzten Jahre nun zur Entladung leimte. Oben vom Bruchrand sah der Betriebsleiter auf das Schauspiel herab. Mit beiden Armen winkte er dem Bruchmeister zu, so daß dieser notgedrungen einen neuen Versuch machen mußte, die Kämpfenden auseinander zu bringen. Jedoch gelang das nicht. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als abzuwarten, bis die beiden, arg zeräthunden, selbst voneinander abließen. Inzwischen war auch der Betriebsleiter auf dem Kampfplatz angelangt. „Was fällt euch denn ein? Ihr

seid wohl plötzlich verrückt geworden hier unten?“ schrie er schon von weitem. „Und Sie stehen dabei und sehen ruhig zu, wie die sich hier totschlagen!“ fuhr er den Meister an. „Machen Sie sofort die Abrechnung für die zwei; die dürfen keine Stunde länger hier im Betrieb arbeiten! Ich lasse so gleich die Papiere fertig machen!“ Ohne zu hören, was die beiden Kämpfer zu ihrer Verteidigung vorbringen würden, entfernte er sich wieder. Offenbar war es ihm ganz recht, daß er bei dem klauen Geschäft wieder ein paar Arbeiter so leicht abstoßen konnte. — Nachdem ein Arbeitersamariter die Blessierten behandelt hatte, ging der Bruchmeister von einem zum andern, um die von ihnen geleistete Arbeit zu verrechnen. Bald darauf verließen sie den Steinbruch auf Nimmerwiedersehen.

Erst später stellte sich der wahre Sachverhalt heraus, der zu dem Zusammenstoß zwischen Max und Moritz geführt hatte. Ein Kollege, der seine Freude daran hatte, wenn er ändern eines Schabernack spielen konnte, hatte Schuberts Schaufel mit dem kommunistischen Abzeichen verziert, worauf dieser, in der Meinung, das Stamme von Moritz, während der Frühstückspause die Hakenkreuze auf dessen Arbeitsplatz schmierte. Jetzt sind Max und Moritz schon lange arbeitslos, auch ein großer Teil derer, die damals sportbegeisterte Zuschauer des Zweikampfes waren, ist bereits aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgesteuert. Bei Max und Moritz ist eine vollständige Wandlung vor sich gegangen. Nicht etwa, daß sie sich verjöhnt hätten oder gar in Anbetracht ihrer trostlosen Lage zu der Ueberzeugung gekommen wären, daß nur die geschlossene Front aller Darbenden eine Veränderung und Besserung ihres Loses herbeiführen könne; nein, so weit reicht ihr Denvermögen nicht, um Schlüsse von so weittragender Bedeutung zu ziehen. Trotzdem hatten sich ihre Anschauungen von Grund auf geändert. Während Max, der einstige Hitlerverehrer, heute in den Reihen der SPD und KPD, an der Zerlegung und Schwächung der organisierten Arbeiterschaft beteiligt ist, macht Moritz in der Uniform der SA Propaganda für das Reich Hitlers, das schon heute unter der Bezeichnung „Das Dritte Reich“ übel genug beleumundet ist. Gehä.

Rundschau

Die „Arbeit“ der NSD. Für das, was die Nationalsozialisten unter „Arbeit“ für die Arbeiterklasse verstehen, ist recht bezeichnend, daß der Leiter der Berliner NSD, Landtagsabgeordneter Engel, auf einer Generalamtswaltertagung am 9. Januar 1933 unter anderem erklärte: „Das neue Jahr sieht uns in einem neuen Kampf. Aber wir wollen den Kampf wieder ein bißchen interessanter gestalten. Wir wollen wieder mal ein bißchen Leben in den Kampf bringen. Die Hauptsache ist, daß die Säle gut verheizt sind, wenn der Wirt mal neue Möbel bekommt, wird er sich ja nicht ärgern.“

So also stellt sich der nationalsozialistische Meinel Moritz den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum vor! Wir glauben allerdings, daß denkende Arbeiter Herrn Engel und seine braunen Horden bei ihren politischen Kirchweihraufzügen allein lassen.

Arbeiter von Nazis als „Schweinehunde“ beschimpft. Wie die „Münchener Post“ Nr. 304 vom 31. Dezember 1932 mitteilt, hat sich im Arbeitsdienstlager der Nationalsozialisten beherrschten Stadt Koburg kürzlich ein unerhörter Vorfall zugetragen. Eine Kolonne der Arbeitsfreiwilligen marschierte bei grimmtiger Rache zur Arbeit. Den jungen Leuten waren Handschuhe nicht zur Verfügung gestellt worden, so daß sie selbstverständlich die Hände in die Taschen steckten, um nicht so sehr zu frieren. Als nun der Trupp an seinem „Vorgehen“, dem Bauamtsangestellten Selbig, einem strammen Nazimann, vorbeimarschierte, da brüllte dieser die Arbeiter an: „Hände aus den Taschen, Ihr Schweinehunde, wenn Ihr an mir vorbeimarschieret.“

Der doppelte Sinn des Hungersterbens. „Hungersterben kann“, so erklärte Cassale einmal in einer seiner berühmten Reden, „in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht nur selten; aber wenn man fort-dauernd eine größere Berausgabung von Kräften vornimmt, als man in schlechten Lebensmitteln und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit... Nur, daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist demnach ein permanenter.“

Reichsregierung und Reichswirtschaftsrat. Reichsminister v. Schleicher empfing am Mittwoch, dem 11. Januar, die Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates Leipart und v. Siemens, die dem Kanzler den Wunsch des RWR, vortragen, bei den gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung fortan in vermehrtem Umfang wieder eingeschaltet zu werden. Seit an Stelle der ordentlichen Gesetzgebung durch das Parlament der Weg der Notverordnungen beschritten würde, haben die Ressortminister nur selten mehr ihre Vorlagen dem RWR zur Begutachtung zugehen lassen. Manche Verordnung würde wahrlich eine andere Fassung erhalten und auch härten verloren haben, wenn die im RWR vertretenen Sachverständigen der Wirtschaft (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) und der Konsumenten vorher hätten ihr Gutachten abgeben können.

Der Reichsminister stimmte den Darlegungen der beiden Vorsitzenden im allgemeinen zu und stellte in Aussicht, daß der Wunsch des RWR, erfüllt werden wird.

Die Lage der Sozialversicherungen. Im Haushaltsausblick des Reichstages gab kürzlich der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup Auskunft über die Lage der einzelnen Sozialversicherungszweige. Nach den vorläufigen Ergebnissen werden die Einnahmen der Sozialversicherung im Jahr 1932 2660 Millionen betragen gegen 3174 Millionen 1931 und 4300 Millionen 1929. Gegenüber 1929 ist also ein Rückgang der Einnahmen von 1600 Millionen eingetreten. Von 1931 bis 1932 beträgt der Rückgang etwa 514 Millionen. Der Rückgang der Ausgaben beträgt gegenüber 1929 927 Millionen. Von 1931 bis 1932 erfolgte ein Ausgabenrückgang von 651 Millionen. Der Minister gibt selbst zu, daß die Senkung der Ausgaben nur durch einen ganz ungewöhnlich schweren Eingriff in die Leistungen möglich war. Im einzelnen betragen in der Krankenversicherung Einnahmen und Ausgaben 1355 Millionen Mark, so daß sie balanciert bei einem Vermögen von 896 Millionen. In der Invalidenversicherung betragen die Einnahmen 1101 Millionen, die Ausgaben 1290 Millionen, so daß hier ein Defizit von 190 Millionen zu verzeichnen ist. Zur Deckung des Fehlbetrages wurden Wertpapierverkäufe vorgenommen. Die Angestelltenversicherung hat Einnahmen von 447 Millionen und Ausgaben von 263 Millionen bei einem Vermögensbestand von 2077 Millionen. In der knappschaftlichen Pensionsversicherung betragen die Einnahmen 195 und die Ausgaben 197 Millionen. Bei der Unfallversicherung liegen die Einnahmen noch nicht vor, die Ausgaben betragen 340 Millionen. Die Arbeitslosenhilfe erforderte 1929 Aufwendungen in Höhe von 1757 Millionen, 1930 von 2778 Millionen, 1931 von 3147 Millionen und 1932 von 2835 Millionen. Die Ausgabenverminderung des vergangenen Jahres läßt den starken Eingriff in die Leistungen erkennen. Die Zukunft aller Zweige der Sozialversicherung hängt von dem Geschäftsgang der Wirtschaft ab. Immerhin ist es als erstaunlich zu bezeichnen, daß die Sozialversicherungszweige diese fürchterliche Krise überhaupt zu überstehen vermochten. Leider konnte dies in der Hauptsache nur durch Leistungsentzügen geschehen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sieht auch die Fortführung des Siedlungsbaues vor. Auf Grund der Notverordnung vom 15. Dezember 1932 über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung ist aus den Kabinettsmitgliedern unter Vorsitz des Reichsministers ein Ausschuss zu bilden, der die Fragen der ländlichen Siedlung nach einheitlichen Gesichtspunkten lösen soll. Für die Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung sind soeben 10 Millionen Mark von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden. Mit den bisher für diese Art Siedlung bewilligten 73 Millionen Mark sind 26 000 Kleinsiedlungen und rund 70 000 Kleingärten geschaffen worden. Die neu bereitgestellten 10 Millionen Mark dürften zur Erstellung von weiteren 3500 Kleinsiedlungen ausreichen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm vor einigen Tagen mit Vertretern des IFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes unter Hinzuziehung bekannter Siedlungssachverständiger zu den Fragen des Siedlungs-wesens Stellung. Die Beratung ergab, daß die Fortführung der Siedlung von den Gewerkschaften nach wie vor zu fördern sei. Insbesondere müsse die ländliche Siedlung im Umfange von 1930 fortgeführt werden. Notwendig sei es, jährlich mindestens 10 000 neue Siedlerstellen mit einem Kostenaufwand von rund 120 Millionen Mark zu schaffen. Die Aufteilung nicht mehr sanierungs-fähiger Großgüter müsse in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden, um für die neuen Siedlungen das erforderliche Land zu beschaffen. Die Bestrebungen der Großlandwirtschaft, unrentabel ge-wordene Güter durch Staatszuschüsse, Steuernach-lässe usw. zu halten, und so der Aufteilung für Siedlungszwecke zu entziehen, seien aufs schärfste zu verteidigen. Mit allen Mitteln müsse eine solche Sabotage des Siedlungswesens bekämpft werden.

Leiparts Glückwunsch an Professor Sombart. Werner Sombart, der berühmte Volkswirtschaftler und Soziologe, der am 19. d. M. seinen 70. Ge-burtsstag feierte, gehört zu den seltenen Gelehrten, die der großen Bedeutung der Gewerkschaften und der sozialistischen Bewegung Anerkennung zollten, als zu einem solchen Bekenntnis noch viel Mut gehörte. Der Vorsitzende des ADGB, Th. Leipart, richtete an Sombart ein Gratulationschreiben, in dem es heißt: „... Es würde heute wiederum vielen deutschen Philosophen guttun, in dem Schluß-kapitel ihres Frühwerkes die schönen Sätze über den Sinn des sozialen Kampfes zu lesen: „Der Kampf allein ist es, der immer breitere Schichten des Volkes vom Menschentum emporthebt. Alles, was an Kultur jetzt in die Massen dringt, dringt durch den Kampf in sie: daß sie aus eigener Kraft sich emporringen, daß sie Schritt für Schritt sich ihr Recht erkämpfen müssen, nur daß allein gibt Gewähr, daß die Eigenschaften entwickelt werden zu neuen, höheren Formen der Kultur.“

Weitere 50 Millionen Mark für Hausrepara-turen. Zur Durchführung von Wohnungsrepara-turen hat die Reichsregierung weitere 50 Millio-nen Mark bewilligt. Ähnlich, wie bei der ersten Rate von 50 Millionen Mark für den gleichen Zweck, sollen neben der Durchführung von In-standsetzungsarbeiten an Wohngebäuden auch die Wohnungssteilungen beaufschußt werden. Der Zuschuß soll neuerdings auch bei der Aufteilung von großen Neubauwohnungen und bei der Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume gewährt werden. Nach den bisherigen Bestimmungen wurden für Instandsetzungsarbeiten 20 Prozent der Gesamtkosten und für Wohnungs-teilung 50 Prozent als Zuschuß bewilligt.

In der Invalidenversicherung müssen im Falle nichtversicherungspflichtiger Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit innerhalb zweier Jahre 20 Bei-tragsmarken geleistet werden, um die Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung aufrechtzu-erhalten. Bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit ist es oft dem Versicherten unmöglich, diese frei-willigen Beiträge zu entrichten, worauf dann der Verlust der Anwartschaft eintritt. Auf Anregung der Gewerkschaften hat nun die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von der Reichsregierung ver-langt, sie möge in Auswertung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verordnen, daß Arbeits-losigkeitswochen ebenso wie Krankheitswochen als Beitragswochen zur Aufrechterhaltung der An-wartschaft gelten sollen.

Seltene Reformisten. Vor einigen Wochen hat die Berliner Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-verbundes angekündigt, keine Tarifverträge mehr abzuschließen in Industrien, in denen die Arbeiter-schaft schlecht organisiert ist. Der Sinn des Ent-schlusses ist klar — es soll den Unorganisierten vor Augen geführt werden, daß sie nicht für alle Zeit schmarotzende Nutznießer des Kampfes anderer sein sollen. Dagegen frisiert die kommunistische „Rote Fahne“ einen Aufruf der Empörung: „Lei-tung des Fabrikarbeiterverbandes liefert die sozia-len Errungenschaften aus — mobilisiert die Ver-bandsmitglieder zum Oppositionsvorstoß!“. Zu-

nächst: Tarifpolitik war doch bisher in der AD-Gruppe eines der vornehmlichsten Mittel des reformistischen Klassenverrats. Und jetzt nennt sie das Berliner Amtsblatt der Volkspolizei auf einmal eine „soziale Errungenschaft“. Aber wenn die Befehrling schon soweit gediehen ist — warum dann nicht: „Mobilisiert die Nichtmitglie-der?“ — das und nichts weiter wollte nämlich der Fabrikarbeiterverband.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

- Wahlkreis-Berichtigung
Wahlkreis:
24. Hingzu kommen die neu gegründeten Zahlstellen Brauerschwend und Waldensberg.
28. Die Steinseher-Zahlstellen Minden und Versmold wählen im Wahl-kreis 44.
34. Da auch brandenburgische Zahlstellen zu diesem Wahlkreis gehören, muß es in der Wahlkreiseinteilung heißen: Breslau und alle übrigen Zahlstellen des 2. Gaus.

Im übrigen ist darauf zu achten, daß die Kol-legen der Steinsehergruppe nur in den zuständigen Wahlkreisen 1—30 wählen, und die Kollegen der Steinsehergruppe nur in den zuständigen Wahlkreisen von 31—44.

Briefkasten

Bgl. Ha. Auf fremde Besuche in deine Woh-nung hat der Hauswirt keinen verbindenden Einfluß; denn die Wohnung hast du gemietet und nur du hast dort das Hausrecht, kein anderer, auch nicht der Hauswirt. Allerdings darf der dich Besuchende, bevor er in deine Wohnung gelangt, im Hause nicht randalieren oder andere Haus-bemohner belästigen. Zum Verbot des Haus-betretens deiner Besuche kann sich der Hauswirt auf keinen Gesetzesparagrafen stützen.

Lohnsteuererstattung. In Nr. 1 des „Stein-arbeiter“ wurde in einer Notiz die Möglichkeit nachgewiesen auf Grund des § 131 der Reichs-abgabenordnung. Am Schluß der Notiz heißt es ausdrücklich: „Der Gesuchsteller hat allerdings keinen unbedingten Rechtsanspruch auf Erstattung mehr, wie das vordem der Fall war. Ueber die Anträge, die gemäß § 131 gestellt werden, ent-scheidet das Finanzamt nach freiem Ermessen.“ Lehnen die Finanzämter nun solche Anträge ab, dann kann man doch unsere Redaktion dafür nicht verantwortlich machen, sondern muß sich damit abfinden, weil es leider keinen Rechtsweg gegen den ablehnenden Bescheid gibt.

Merl. Fr. Deine Stimmung ist durchaus be-greiflich. Dies bitte in heutiger Nummer die Er-öffnungsrede und auch den Bericht von der Bun-desauskunftung, beides gibt dir Antwort. Sorge aber auch, daß deine Kollegen das lesen! Eine Aussprache darüber wird fruchtbar sein. Nur keine Sentimentalität, im Angriff liegt die beste Verteidigung. Lügen und Lumpereien haben nie-mals Bestand.

Ol. Noch nicht gebunden. Nach Fertigstellung erfolgt sofort der Versand.

S. P. W. Das Arbeitsamt kann in diesem Fall weder annehmen, noch ablehnen. Allerdings gibt's für das Kind keinen Zuschlag bei einer Unterstufung. (Anonyme Anfragen sind unstat-taft, gehören in den Papierkorb.)

H. S. (Gorkau). Mit 250 Pflichtbeiträgen ist die Wartzeit in der Versicherung überhaupt er-füllt. (Zurück nur 200, wovon 100 Pflichtbeiträge sein mußten.) Um die Anwartschaft aufrechtzu-erhalten, müssen aber von dem auf der Quit-tungsliste vermerkten Auszahlungstage an ge-rechnet, alle 2 Jahre mindestens 20 Wochenbei-träge geleistet werden. Die Beiträge sind in der Höhe des jeweiligen Einkommens entsprechend, mindestens aber in der Lohnklasse II zu entrichten (60 Pf.). „Verfallensklassen“ ist nicht zu raten, das kann für später eine nicht wiedergutzu-machende finanzielle Schädigung der Versicherten im Gefolge haben.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

- Sammlungen:
Sonntag 5. Februar
In Pafewalk um 14 Uhr bei Klatt, Grün-straße 12. Erscheinen ist Organisationspflicht.
Montag, 6. Februar.
In Spandau um 19.30 Uhr bei Höpfer, Pichelsdorfer Straße 5. Alles muß zur Stelle sein.

Elkmann a. M. Der Werkplatz Steinindustrie C. Pette ist wegen Lohnunterschieden unbedingt zu meiden.

Bamberg. Mit der Firma „Arbeits-gemeinschaft Bezirk Bamberg“ bestehen dauernd Tarifstreitigkeiten; sie darf deshalb mit Arbeitsangeboten nicht behelligt werden.

Buchenau. Im Betrieb der Eisfelder Steinwerke A.-G. sind fast dauernd Tarif-streitigkeiten. Jeder aufrechte Steinmetz meidet deshalb diesen Betrieb.

Korft. Dertliche Reiseunterstützung kann nicht mehr gezahlt werden.

Steinbildhauer! Anlässlich des 13. Verbands-tages haben wir aus unseren Reihen einen Dele-gierten zu stellen. Unser Berufskollege Sch e i b e, Berlin, übt seine Obmannfunktion für die Bild-hauer nicht mehr aus. Die Bildhauer der Zahl-stelle Dresden werden von ihren 20 Kollegen einen Kandidaten aufstellen. Es ist angebracht, daß die Steinbildhauerkollegen im Reich sich mit dem Obmann der Dresdener Bildhauer — W. Liebers, Dresden 19, Augustburger Straße 49, III — in Verbindung setzen.

Adressenänderungen

- Gau: Landsberg/Warthe. Vorf.: Erich Opitz, Zimmerstr. 4 II. — Strasburg (Um.) Vorf.: Ernst Latusek, Siedlung Nr. 30. Kassl.: Otto Grünhagen, Wallstr. 11.
- Gau: Bunzlau. Vorf.: Karl Hornig, Heinrich-Heine-Straße 35, Kassl.: Oskar Willig, Rottacher Straße 61. — Giers-dorf. Kassl.: Johann Grüner. — Girsch-berg. Sektionsleiter der Stein-ar-beiter: Hermann Rober, Fiegestr. 17. — Schreiberhau. Vorf.: Oswald Kreischner, Zadenhof.
- Gau: Dietzhensdorf (Chemnitz). Vorf. u. Kassl.: Franz Gordan.
- Gau: Altenburg. Kassl.: Karl Wöllner, Pa-disher Straße 5, Hinterh. — Weimar. Vorf.: Ferd. Baumgarten, Sieblers-freud Nr. 36. — Weichenfels. Vorf.: Otto Karl, Weudiger Straße 69, Kassl.: Gustav Schüke, Uhländstr. 7.
- Gau: Trietz. Vorf. u. Kassl.: Karl Schneider, Blücherstraße 16.
- Gau: Wiesbaden. Vorf.: Johann Weber, Adlerstr. 45.
- Gau: Rassel. Vorf.: Andreas Thomas, Dörfte Gasse 13, I rechts.
- Gau: Burgthede. Kassl.: Wilhelm Bade, Grüner Wald 84, Burgthede-Land. — Schwinin i. M. Kassl.: Karl Eichendorf jun., Werderstr. 57.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Die Front der Gewerkschaften“ von Karl Roth. Eugen Diederichs Verlag in Jena. Preis kartoniert 1,90 Mark. Eine sogenannte „Taschenschrift“, denn ihr Verfasser gehört zur Linken, die auf ihre besondere Art Wirtschaft, Staat und Gesellschaft umtreiben will. Die Schrift ist im allgemeinen gewerkschaftsfreundlich, obgleich sie manches bringt, worüber die Gewerkschaften anders denken und handeln. Eine Verbreitung der Schrift in Bevölkerungskreisen, die den Gewerkschaften fernstehen oder die sich aus Unkenntnis gegen die Gewerkschaften ablehnend verhalten, ist trotzdem zu wünschen. Sie räumt mit manchen Vorurteilen gegen die Gewerkschaften auf und deutet Entwicklungen an, die nicht gerade unmöglich sind.

„Die Zukunft.“ Sozialistische Wochenchrift, herausgegeben von Gregor B i e n t o d, Berlin. Verlag Karl Z w i n g, Jena. Preis pro Nummer 20 Pf., monatlich im Abonnement 75 Pfennig, vierteljährlich 2,10 Mark.
Wieder eine neue Schrift! Der Herausgeber hält sie für dringend notwendig, andere haben darüber ihre besondere Meinung, die sich auch nicht ändern nach dem Lesen der vor-liegenden Nr. 1. Allem Anschein nach rührt sich der Heraus-geler zum Ketter und Wegweiser der sozialistischen Arbeiter-bewegung berufen. So taugt zum Beispiel die Weimarer Verfassung gar nichts mehr, und alles, was seit 1918 bis heute getan und von der Führung gesagt wurde, ist — falsch. Das steht nicht so wörtlich in dem Heft 1, aber dem Sinn nach ist es der Kern. Mit dieser neuen Zeitschrift hat, um es drastisch auszudrücken, die sozialistische Bewegung einschließ-lich der Gewerkschaftsbewegung wieder einen Klaffer mehr, der sie umbellt!

„Urania.“ Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Notizen und Artikel, reich illustriert, aus allen Wissensgebieten berichten über neue Entdeckungen und Er-fundungen. Der „Urania“-Verlag in Jena heißt Prospekt und Probehefte gern kostenlos zur Verfügung. Abonnement-preis 1,60 bis 3 Mark. Je nach Buchbeigabe (brochierter oder Ganzleinen gebunden) gibt es noch den Heften drei Ausgaben, und zwar A, B und C.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständigen Volkes. — Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Gartenstrasse, Berliner Straße 137. (Wird kostenlos an den Kassenschriftlern verteilt.)

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurück-liegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht Redaktion.)
Düsseldorf. Am 13. Januar der Steinmetz Johann Klein, 55 Jahre alt, 14½ Monate, Lungenerkrankung.
Westerhausen. Am 15. Januar der Steinsetzer August Hesse, 76 Jahre alt, Schlaganfall.
Berlin. Am 21. Januar der Steinmetz Julius Valentin, 58 Jahre alt, 6 Monate krank, Beckengeschwulst.
Osterwald. Am 23. Januar der Brecher Georg Brever, 26 Jahre alt, 3 Wochen krank, Magengeschwür.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

